

Betreff:
Einbeziehung der Wohngebiete Thiedebacher Weg/Deiweg in den öffentlichen Nahverkehr

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 0600 Baureferat	<i>Datum:</i> 17.07.2017
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 08.08.2017	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Der Antrag DS 17-04042 von Herrn Hellmuth, Bündnis 90/Die Grünen, vom 27. Februar 2017 wurde zuständigkeithalber an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) weitergeleitet, die hierzu wie folgt Stellung nimmt:

Die Verlängerung des Linienweges würde zu einer besseren Erschließung des westlichen Teils von Leiferde durch die Buslinie 413 führen. Es würde jedoch auch zu einer erheblichen Fahrzeitverlängerung für die Fahrgäste aus dem nördlichen und östlichen Teil von Leiferde führen. Die Einwohnerverteilung innerhalb von Leiferde zeigt einen deutlichen Schwerpunkt im nördlichen und östlichen Leiferde. Auch aus den Fahrgastzahlen wird dies deutlich, da etwa drei Viertel der Fahrgäste aus Leiferde an der Haltestelle Eutschenwinkel zusteigen. Damit würde aus dem neuen Fahrweg für den deutlich überwiegenden Teil der Fahrgäste aus Leiferde eine Fahrzeitverlängerung von 3 Minuten je Richtung entstehen.

Durch die längere Fahrzeit (Dienstzeit des Fahrers), den längeren Fahrweg (fahrleistungsabhängige Kosten) und den höheren Fahrzeugbedarf würden außerdem zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 7,30 EUR pro Fahrt entstehen. Bei etwa 27.300 Fahrten pro Jahr der Linie 413 von und nach Leiferde summiert sich dies auf Mehrkosten von rund 200.000 EUR pro Jahr.

Den Fahrgästen im westlichen Bereich von Leiferde steht neben der Nutzung der Linie 413 an der Haltestelle Thiedebacher Weg auch die Nutzung der Linien 602, 603, 620 an der Haltestelle Thiedebach offen. Durch diese beiden Haltestellen ist auch das westliche Leiferde gut und mit angemessenen Fußwegen zu den Haltestellen durch den ÖPNV abgedeckt.

Der Fahrplan der KVG-Linien an der Haltestelle Thiedebach wird darüber hinaus in den nächsten Jahren im Zuge der Neuordnung und dem Ausbau der Regiobus-Linie zwischen Braunschweig und Salzgitter-Thiede durch die KVG und den Regionalverband überarbeitet und soll mehr Fahrten erhalten.

In Abwägung der dargestellten Auswirkungen auf alle Fahrgäste aus Leiferde hält die BSVG eine Anpassung der Linienführung für derzeit nicht zielführend und wird die Umsetzung der Anregung nicht weiterverfolgen.

Warnecke

Anlage/n:

Betreff:
Mülleimer Festplatz Bruchweg

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 67 Fachbereich Stadtgrün und Sport	<i>Datum:</i> 17.07.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (zur Kenntnis)	08.08.2017	Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates 211 vom 1. Juni 2017:

„Es wird beantragt, dass die Mülleimer mit Schutzdeckeln versehen werden.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die vorhandenen Abfallbehälter werden im gesamten Stadtgebiet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel langfristig durch Abfallbehälter mit kleinem und dadurch krähensichererem Einwurf ersetzt.

Dieses nunmehr seit vielen Jahren verwendete Modell hat sich bewährt. Es ist widerstandsfähig gegen Vandalismus, optisch ansprechend und fügt sich daher relativ harmonisch in die Parkanlagen ein. Der Schutz vor Krähen des nun verwendeten Modells begründet sich durch einen relativ kleinen Einwurf, der einerseits ein illegales Entsorgen größerer Mengen von Haus- und Sperrmüll entgegenwirkt, aber insbesondere ein Einsteigen der Vögel in den Behälter verhindert.

Für Anschaffung und Aufstellen eines Behälters fallen Kosten in Höhe von rund 750 € an. Ein Austausch der beiden Abfallbehälter auf dem Festplatz Bruchweg ist für Ende des Jahres 2017 eingeplant.

Loose

Anlage/n:
keine

Absender:

CDU-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 4.1

17-04941
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Sitzbank "Im Rübenkamp"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)

08.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird beantragt, dass eine Sitzbank an der Straße Im Rübenkamp im Bereich Höhe Harzweg aufgestellt wird.

Sachverhalt:

In diesem Wohngebiet leben viele ältere Anwohner, für die es sehr anstrengend ist, zur Bushaltestelle Eutschenwinkel zu gelangen. Eine Sitzbank im beantragten Bereich bietet die Möglichkeit einer Erholungspause für den Weg zur Haltestelle.

Anlage/n:

Keine

Absender:

CDU-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 4.2

17-04940

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Busverbindung Stöckheim-Leiferde

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)

08.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird beantragt, die Einrichtung einer direkten Busverbindung zwischen Stöckheim und Leiferde zu prüfen.

Sachverhalt:

Durch den geplanten Brückenneubau zwischen Stöckheim und Leiferde wäre nach deren Fertigstellung eine direkte Busverbindung möglich. Dadurch ist u. a. die Stöckheimer Infrastruktur für Leiferder besser nutzbar.

Anlage/n:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 4.3

17-04955
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Weiterführung des Fußwegs Brauerskamp Richtung Leipziger Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)

08.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird beantragt, den Fußweg am Brauerskamp Höhe Hausnummer 2 bis zur Leipziger Straße weiter zu führen und den Parkbereich um einen Meter zu verlängern, so dass 4 statt 3 Fahrzeuge dort parken können.

gez.

E. Lavon

Sachverhalt:

Anlage/n:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 4.4

17-04956

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Ärzteversorgung im Stadtbezirk Stöckheim und Leiferde

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)

08.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird gebeten, Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufzunehmen, um die Ansiedlung eines Kinderarztes/Kinderärztin sowie weiterer Allgemeinmediziner zu ermöglichen.

Sachverhalt:

Unser Stadtbezirk ist sehr beliebt und wächst auch in den nächsten Jahren durch neue Wohngebiete wie auch weiterer Nachverdichtung. Gerade junge Familien benötigen auch einen Kinderarzt sowie Ältere schnelle und verbindliche Termine bei ihren Hausärzten.

gez.

E. Lavon

Anlage/n:

Keine

Absender:

Interfraktionell Stadtbezirksrat 211

TOP 4.5

17-05067
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Dringlichkeitsantrag
Hochwasserproblematik An der Trift/Hillenwiesengraben**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.08.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)

08.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen durchzuführen, um die Hochwasserproblematik im Bereich der Straße An der Trift sowie am Hillenwiesengraben zu beheben, dabei sollen auch die von den Anwohnern gestellten Fragen (siehe Anlage) beantwortet werden.

Sachverhalt:

Bei der Unwetterlage im Juli 2017 wurden unter anderem wieder Grundstücke und Keller im Bereich An der Trift und am Hillenwiesengraben überflutet, wodurch es zu einem Großeinsatz der Feuerwehr kam. Die betroffenen Anlieger trafen sich mit Vertretern des Stadtbezirksrates am 4. August 2017 zu einem Informationsabend (Anlage 1) um die Problematik zu erörtern. Hierbei wurde ein Fragenkatalog (Anlage 2) erstellt.

Gez.

Kuthe Lavon Hellmuth

Anlage/n:

Protokoll des Informationsabends
Fragenkatalog

Abfluss Richtung Oker mehr hatte, und durch Auflagen an den Eigentümer, Albertstr.2, wieder an eine ordnungsgemäße 300er Verrohrung angeschlossen werden musste. Die Auseinandersetzung zwischen der Stadt und dem Eigentümer dauerte fast 5 Jahre.

Herr Dr. Meyer zu Schwabedissen führte aus, dass das Wasser aus dem Graben in Schwallen in den Garten kommt. Der Landwirt sei allerdings der Meinung das Ganze sei Grundwasser und kein Oberflächenwasser.

Herr Jörg Rütjerodt merkte an, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Wasserstand der Oker und dem Wasserstand des Grabens gibt. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch betrug der Wasserstand im Bereich des Durchflusses unter der Leipziger Str. ca. 70 cm. Am Freitag, als der Scheitelpunkt der Oker im Süden von BS erreicht wurde betrug der Wasserstand nur noch 40 cm.

Frau Meyer beklagte, dass die Problematik des Wasserablaufes 4 unterhaltspflichtige Eigentümer betrifft:

- Die Ländereien gehören dem Landwirt Goes
- Der Hillenwiesengraben der Feldmarkinteressengemeinschaft
- Für die Unterführung der Leipziger Str. ist die Stadt zuständig
- Für die Unterhaltung der Teiche, die das Wasser aufnehmen, ist der Eigentümer des Schriftsassenhofes zuständig.

Herr Hasenus wurde schriftlich von Frau Meyer gebeten mitzuteilen wann Kontrollen der Unteren Wasserbehörde durchgeführt wurden. Dem ist er nicht nachgekommen.

Herr J. Rütjerodt forderte eine Rückmeldung des Unterhaltspflichtigen an die Untere Wasserbehörde und eine regelmäßige Kontrollfunktion ob die Auflagen der Stadt korrekt erfolgt sind.

Frau Kathrin Roedenbeck schlägt ein Gespräch mit der Stadtverwaltung über die Möglichkeit eines Rückhaltebeckens am Feld an. Ebenso sollte geklärt werden wo das Niederschlagswasser des Helmholtz-Institutes hin geleitet wird. Es gibt Hinweise, dass das Wasser über einen Teich am Südrand des Institutes (am Schanzenkamp) „versickert“. Seit vielen Jahren wird das Institut durch Neubauten erweitert.

Herr Rütjerodt weist darauf hin, dass Wasser aus versiegelten Flächen durch die nachträgliche Bebauung in die Regenwasserkanäle fließt und nicht in den Graben. Er schlägt weiterhin vor, dass nicht nur der Bezirksrat sondern auch das Bauamt aufgefordert wird tätig zu werden.

Frau Meyer legt allen Anliegern einen Plan der Regenwasserkanalführungen vor. Auf der rechten Seite befindet sich ein 300er Rohr, auf der linken Seite ein 500er. Das 300er Rohr mündet bei Haus Nr. 2 auf die gegenüberliegende Seite und in das 500er Rohr das dann auf der Leipziger Str. zusammen mit dem Regenabfluss vom Herbstkampweg und dem Hillenwiesengraben in die Teiche geleitet wird.

Herr Bezirksbürgermeister Disterheft schlägt vor, den Landwirt Goes mit ins Boot zu holen. Er soll ebenfalls zur Lösung der Probleme beitragen. Diesen Vorschlag werden Frau Bettina Ossenkopp und Frau Meyer nach Zustimmung der Anlieger umsetzen.

Fragen an den Bezirksrat bzw. an die Verwaltung:

1. Kann die Stadt in Vorleistung gehen wenn Unterhaltspflichtige der Graben- bzw. Teichpflege nicht nachkommen?
2. Sind die Auflagen der Unteren Wasserbehörde ausreichend die Grundstücke „An der Trift“ zu schützen und wird die Umsetzung der Auflagen kontrolliert? Es gab an den Tagen in Braunschweig keine Extremwetter-situation
3. Trifft es zu dass der Unterhaltspflichtige des Hillenwiesengrabens zzt. eine Auflage der Stadt hat das Mähen nur einmalig ab Okt. vorzunehmen?
4. Wohin wird das Niederschlagswasser des Helmholtz-Institutes abgeleitet?
5. Wie hoch ist das Ausmaß der Wasserverdrängung durch Komprimierung des Lärmschutzwalles vom Wald Richtung Westen zur Oker und Komprimierung der Straßenbahnführung auf der Leipziger Str. mit Verfüllung von Beton zur Lärmdämmung der Straßenbahn um das Große Weghaus?
6. Überprüfung ursprünglicher Entwässerungsgrabenverläufe Besteht die Möglichkeit entlang der Ländereien und klären ob eine Instandsetzung der Drainagerohre auf dem Acker noch machbar ist
7. Wie können Regenwasserrückhaltesysteme in dem betroffenen Gebiet realisiert werden ähnlich wie bei dem Wilhelm-Hauff-Weg (Sandweg zwischen Stöckheimer Markt und Kaufland)?
8. Wäre die Möglichkeit der Verrohrung des Grabens mindesten in dem schwer zugänglichen Bereich sinnvoll und machbar?
Die Grabenseitenbefestigung der Uferzone rutscht teilweise ab, wie kann man dem entgegenwirken?
9. Wer ist in der Pflicht bei Überschwemmungen wenn landwirtschaftliche Nutzflächen höher als die angrenzenden Grundstücke sind?
10. Welche Auswirkungen hat das Grund- und Niederschlagswasser des Neubaugebietes an der Straßenbahnschleife für die Oker und ist dieses bei der Baugenehmigung berücksichtigt worden?
Das Baugebiet liegt höher als der Leiferder Weg und Schiffhorn.
11. Aktuell wird die Straße „Hohe Wiese kompl. saniert. Könnte die Erneuerung der Kanalisation Auswirkung auf die vorhandene Regenwasserkanalisation „An der Trift haben“? Wird die Problematik „Regenwasserkanäle“ bei der anstehenden Sanierung der beiden Straßen berücksichtigt? Zzt. ist 1 300er und 1 500er Regenabfluss vorhanden, die vor der Leipziger Str. (Haus Nr. 2) zusammengeführt werden.

Braunschweig Stöckheim, 05.08.17

Dr. Kuro 

Betreff:
Neubau der Okerbrücke Leiferde und der Kulkegrabenbrücke

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 04.08.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	08.08.2017	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	09.08.2017	Ö

Beschluss:

„Der Planung und Umsetzung der Nordtrasse einschl. des Neubaus der Okerbrücke Leiferde sowie des Neubaus der Kulkegrabenbrücke und des damit verbundenen Straßenausbaus wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Begründung der Beschlussvorlage

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 lit. a Hauptsatzung.

Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage um einen Beschluss über Planungen von Brückenbaumaßnahmen, für die der Planungs- und Umweltausschuss beschlusszuständig ist.

Anlass

Die vorhandene Okerbrücke Leiferde im Zuge der beiden Straßen Fischerbrücke und Leiferdestraße (K 50) zwischen den Ortsteilen Leiferde und Stöckheim ist seit Juni 2016 für den Kraftfahrzeugverkehr voll gesperrt und nur noch für Fußgänger- und Radverkehr freigegeben. Da eine wirtschaftliche Instandsetzung nicht möglich ist, muss die Brücke durch einen Neubau ersetzt werden.

Bestand: Okerbrücke Leiferde

Das vorhandene Bauwerk aus dem Jahr 1945 war für Fahrzeuge bis 3 t Gesamtgewicht konstruiert. Die lichte Fahrbahnbreite beträgt 3,16 m (einspuriger Verkehr), der nördliche Gehweg hat eine Breite von 1,50 m bei einer lichten Weite zwischen den Widerlagern von ca. 21 m.

Bestand: Kulkegrabenbrücke

Vor dem Hintergrund der geltenden Abschreibungsrichtlinien, die für Stahlbetonbrücken Nutzungsdauern von 90 Jahren vorsehen, ist die verbleibende Nutzungsdauer des Bestandsbauwerks der Kulkegrabenbrücke mit ca. 70 Jahren Standzeit absehbar. Aufgrund des Bauwerkszustandes ist mittelfristig eine Instandsetzung der Brückenoberseite notwendig. Darüber hinaus entspricht das Bauwerk nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik (z. B. zu geringe Geländerhöhe etc.), weshalb größere Anpassungen notwendig sind.

Verkehrsbedeutung der Okerbrücke und des Straßenzuges

Das Verkehrsaufkommen vor der Sperrung lag bei ca. 2.100 Kfz/Tag und wird für 2025 mit ca. 3.100 Kfz/Tag inkl. der aktuell geplanten Gewerbe- und Wohngebiete (u. a. Baugebiet Stöckheim Süd) prognostiziert.

Die Brücke stellt die einzige Straßenverbindung der Ortsteile Leiferde und Stöckheim dar. Die unmittelbare Erreichbarkeit der in Stöckheim vorhandenen Nahversorgung, Ärzte und öffentlichen Einrichtungen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Leiferde wird mit der Brücke sichergestellt.

Für die Einwohnerinnen und Einwohner des östlichen Ortsteils von Leiferde (zwischen Bahntrasse und Oker) ist die Brücke sehr wichtig, denn im Falle einer Instandsetzung oder eines Neubaus der Schenkendammbücke wäre dieser Ortsteil Braunschweigs für Kfz-Verkehr nur noch über Wolfenbüttel erreichbar.

Randbedingungen für den Neubau der Okerbrücke Leiferde und der Kulkegrabenbrücke

Für den Neubau der Okerbrücke Leiferde einschließlich der ca. 120 m westlich gelegenen Kulkegrabenbrücke liegen zwei Trassenplanungen im Zuge einer Machbarkeitsuntersuchung vor. Beide Trassen ermöglichen bei einer lichten Durchflussbreite der Brücke von ca. 38 m den Hochwasserabfluss, was Grundvoraussetzung für einen Neubau und das einzuleitende Planfeststellungsverfahren ist. Die Höhenlage der Trasse und der Okerbrücke ist so geplant, dass ab einem gewissen Hochwasserpegel, wie auch derzeit im Bestand, der zuführende Straßenzug überströmt und bei einem 100-jährigen Bemessungshochwasser (HQ 100) die Brücke angeströmt wird. Dies ist notwendig, um bei Hochwasser die Überflutungsflächen nicht weiter als aktuell im Bestand auszudehnen.

Im Bereich der neuen Straßenrasse, der Brücken und deren Umfeld wird bei beiden Trassenvarianten in unterschiedlicher Menge Retentionsraum für Hochwasserereignisse verloren gehen. Zum Ausgleich sind im unmittelbaren Umfeld oder in räumlicher Nähe von Leiferde Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich.

Bei der Anbindung der neuen Brücken und Straße an den Bestand sind die Höhe und Lage der westlich des Kulkegrabens gelegenen Gebäude und Straßenanschlüsse, Wege und Grundstückszufahrten, Dämme und Gräben zu beachten. Die Straßenradien sind im Planungsareal so gewählt, dass sich die Verkehrssicherheit durch die Gesamtmaßnahme erhöht. Alle neu hergestellten Straßen und Wege sind für mobilitätseingeschränkte Personen gut nutzbar. Das neue Ortseingangsschild für Leiferde wird direkt hinter der Okerbrücke stehen, so dass der Verkehr aus Richtung Stöckheim kommend auf Höhe der Brücke bereits die Geschwindigkeit reduzieren muss. Zusätzlich bleibt, für den Verkehr aus Richtung Stöckheim kommend, der Standort für das Verkehrsschild „Zulässige Höchstgeschwindigkeit Tempo 30“ vor der Kulkegrabenbrücke wie im Bestand erhalten. Somit sind für die gefahrenen Geschwindigkeiten im Ortsteil Leiferde keine Veränderungen zu erwarten. Die Leiferdestraße bleibt zum großen Teil im Bestand unverändert, wesentliche Änderungen der gefahrenen Geschwindigkeiten im Ortsteil Stöckheim sind deshalb ebenfalls nicht zu erwarten.

Es ist im Zuge der Genehmigungsplanung für das Planfeststellungsverfahren ein landschaftspflegerischer Begleitplan zu erstellen, der die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen quantifiziert und qualifiziert sowie den Eingriff in die Fauna und Flora ermittelt und bewertet. Die Planfeststellung ist u. a. mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Träger öffentlicher Belange, wie z. B. Naturschutzverbände, können im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Einwendungen erheben. Eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles in Bezug auf Flora, Fauna und Auswirkungen auf das Landschaftsbild ist durchzuführen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie eine Umweltverträglichkeitsstudie sind in Abhängigkeit des Ergebnisses der Vorprüfung evtl. durchzuführen. Eine spezielle Kartierung einzelner Pflanzen- oder Tierarten (dies schließt gerade auch seltene und bedrohte Tierarten ein) für die artenschutzrechtlichen Fachbeiträge wird aktuell, seit April 2017 über den Zeitraum von ca. 1 Jahr, durchgeführt.

Die Planungen für die Straßentrasse sollen den Erhalt von möglichst viel Baumbestand berücksichtigen. Vor allem ist die Schwarzpappel, welche am östlichen Ufer ca. 25 - 30 m nördlich der Bestandsbrücke steht, möglichst zu erhalten.

Schallschutztechnische Untersuchungen im Zuge eines Schallgutachtens müssen allen gesetzlichen Anforderungen und der Umsetzung der Maßnahme gerecht werden und werden im Zuge der Genehmigungsplanung in 2018 erstellt. Daraus ggf. ermittelte Auflagen hinsichtlich Lärmschutz werden im Zuge der Maßnahme umgesetzt.

Planung

In den verkehrsplanerischen Überlegungen wurden auch weiträumigere Umfahrungen untersucht, welche jedoch aufgrund der sich daraus ergebenden deutlich höheren Kfz-Belastung, der höheren Baukosten sowie der deutlich größeren Eingriffe in die Okeraue und somit Flora und Fauna, verworfen wurden.

Das aktuelle Planungsareal reicht von der bestehenden Okerbrücke ca. 50 m nach Norden und vom Kreuzungspunkt Oker/Brücke zum Anbinden der vorhandenen Straße jeweils ca. 150 m nach Osten und Westen. Die Trasse entspricht allen heutigen Anforderungen an die Dimensionierung einer Kreisstraße.

Die Vor- und Entwurfsplanung durch ein Ingenieurbüro erfolgt ab Ende August 2018. Daher können im endgültigen Straßen- und Brückenentwurf noch leichte Anpassungen, gegenüber der derzeit vorliegenden Machbarkeitsstudie, in der Höhenlage der Brücke sowie den Neigungen der zuführenden Straße erfolgen. Ebenfalls kann noch durch leicht veränderte Radien im Grundriss die Lage der Brücke um wenige Meter verschoben werden.

Okerbrücke Leiferde: Nordtrasse

Die Nordtrasse liegt in einem lichten Abstand von ca. 40 m zum Bestandsbauwerk. Die Trasse hat auf der freien Strecke von Stöckheim bis zum westlichen Brückenende der Okerbrücke eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h, wodurch sich größere Kurvenradien der neuen Trasse ergeben. Im Bestand ist die Leiferdestraße mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h ausgeschildert. Diese Variante hat eine bessere Übersichtlichkeit für die Verkehrsteilnehmer/innen. Aufgrund der Fahrgeschwindigkeit von > 50 km/h müssen auf der Brücke Schutzplanken montiert werden. Bei einer lichten Weite der Brücke zwischen den Geländern von 12,50 m ergibt sich auf der Nordseite ein Geh- und Radweg für beide Richtungen mit einer Nutzbreite von 3,00 m. Auf der Südseite ist nur ein Wartungsweg von 0,75 m angeordnet. Da diese Trasse unter diesen Ansätzen laut Aussage des Fördermittelgebers förderfähig ist, wurde für diese Variante die Aufnahme ins Mehrjahresprogramm beantragt. Im Zuge der weiteren Konkretisierung der Planung wird die Verwaltung erneut versuchen, in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber zu erreichen, dass auf die Schutzplanken auf der Brücke verzichtet werden kann. In diesem Fall würde der Brückenquerschnitt dann dem der Südtrasse entsprechen.

Förderfähig ist die Nordtrasse, weil auf der Brücke und der freien Strecke mindestens 70 km/h zugelassen sind und keine Traglastbeschränkung ausgeschildert ist. Die Gesamtprojektkosten für diese Variante betragen ca. 4,5 Mio. €. Bei einer Förderung von 2,0 Mio. € verbleibt ein Eigenanteil von ca. 2,5 Mio. € für die Stadt Braunschweig.

Bei der Nordtrasse sind mehr Grundstücksflächen anzukaufen als bei der Südtrasse. Aufgrund des größeren Eingriffs in die Natur sind im Vergleich zur Südtrasse umfanglichere Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, wovon bei dieser Variante schon durch den Rückbau der Bestandstrasse einiges ausgeglichen werden kann.

Ein wichtiger Faktor für die Nordtrasse ist, dass fast während der gesamten Bauzeit die Bestandsbrücke als Behelfsbrücke für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen zur Verfügung steht.

Okerbrücke Leiferde: Südtrasse

Die Südtrasse ist im Wesentlichen auf der Bestandstrasse mit deutlich engeren Radien als die Nordtrasse geplant, weshalb die Strecke für den Kfz-Verkehr unübersichtlich ist. Im Bereich der Okerbrücke ist die Trasse leicht in nördlicher Richtung verzogen. Die Südtrasse ist auf ≤ 50 km/h ausgelegt. Damit sind keine Schutzplanken auf der Okerbrücke erforderlich und der Überbauquerschnitt ist im Vergleich zur Nordtrasse etwas schmaler. Bei einer lichten Weite der Brücke zwischen den Geländern von 10,50 m ergibt sich auf der Nordseite ein Geh- und Radweg für beide Richtungen mit einer Nutzbreite von 3,00 m zzgl. eines Sicherheitsstreifens von 0,50 m. Auf der Südseite ist nur ein Wartungsweg von 0,50 m angeordnet.

Diese Trasse ist laut Aussage des Fördermittelgebers nicht als Neubau förderfähig. Es wurde jedoch in Aussicht gestellt, auf der Grundlage eines Fiktiventwurfes, eventuell anteilige Kosten in Höhe von grob geschätzt ca. 0,5 Mio. € zu fördern. Eine Förderung in annähernd ähnlicher Größenordnung wie bei der Nordtrasse ist in jedem Fall ausgeschlossen.

Die Gesamtprojektkosten für die Südtrasse betragen ca. 4,2 Mio. €. Diese sind geringer als bei der Nordtrasse, da die Okerbrücke eine etwas geringere Überbaubreite hat und etwas weniger Retentionsraumausgleich sowie geringere Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Flora und Fauna erforderlich werden. Unter Ansatz einer evtl. möglichen Förderung von 0,5 Mio. € verbleibt ein Eigenanteil der Stadt Braunschweig von 3,7 Mio. €. Im Vergleich zur Nordtrasse ist Grunderwerb in geringerem Umfang notwendig.

Während der ca. 16-monatigen Bauzeit steht keine Brücke für Fußgänger/innen und Fahrradfahrer/innen zur Verfügung. Die Bestandsbrücke muss zu Baubeginn zurückgebaut werden, da die Flächen für den Neubau erforderlich sind.

Reine Fußgänger- und Radfahrerbrücke

Vor dem Hintergrund der erfassten und prognostizierten, vergleichsweise geringen Verkehre könnte alternativ auf eine Brücke für Kfz verzichtet werden. Anstelle dessen würde nur eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke in der Bestandstrasse mit Neubaukosten von ca. 1,2 Mio. € realisiert werden. Dagegen sprechen jedoch die sozialen, wirtschaftlichen und verkehrsanbindenden Gesichtspunkte. Eine reine Fuß- und Radwegbrücke wird daher nicht als Lösungsoption betrachtet.

Kulkegrabenbrücke

Um auf das Brückenbauwerk über den Kulkegraben verzichten zu können, wurde ein Verlegen des Grabens inkl. Anbindung an die Oker untersucht. Dies hat jedoch zu hydraulisch schlechteren Ergebnissen hinsichtlich des Hochwasserabflusses geführt. Der Graben bleibt bestehen und ein Brückenbauwerk über den Kulkegraben ist erforderlich. Durch einen Neubau der Kulkegrabenbrücke mit etwas größerer Durchflussbreite kann das Ziel des schadlosen Hochwasserabflusses, sowohl bei der Nord- als auch bei der Südtrasse, sicherer erreicht werden. Weiterhin können durch etwas vergrößerte Radien der Fahrkomfort in der Trasse sowie die Sichtbeziehungen für die Verkehrsteilnehmer/innen verbessert werden. Der Straßenquerschnitt und die Höhenlage der Straße können innerhalb des Brückenquerschnitts an die neue Trasse gut angepasst werden.

Die erforderliche Sperrung für Kfz für ca. sechs Monate, bei einem Neubau der Kulkegrabenbrücke in ca. 15 bis 20 Jahren, kann somit vermieden werden. Zudem sind beim Neubau zeitgleich mit der Okerbrücke Leiferde Kosteneinsparungen realisierbar, da u. a. erneute Kosten für eine Verkehrsumleitung sowie Baustelleneinrichtung entfallen. Bei der Nordtrasse wird zudem auch die Kulkegrabenbrücke mit gefördert, so dass von den ca. 0,4 Mio. € Gesamtkosten für die Kulkegrabenbrücke nur ein städtischer Anteil von ca. 0,18 Mio. € verbleibt.

Ein Verzicht auf den Neubau der Kulkegrabenbrücke erscheint unter den oben genannten Rahmenbedingungen nicht sinnvoll.

Für die Kulkegrabenbrücke ist bei beiden Trassenplanungen für den Neubau eine lichte Weite zwischen den Geländern von 11,75 m geplant. Somit ergibt sich auf der Nordseite ein gemeinsamer Geh- und Radweg für beide Richtungen mit einer Nutzbreite von 3,00 m zzgl. eines Sicherheitsstreifens von 0,50 m. Auf der Südseite ergibt sich ein Gehweg mit einer an den Bestand angepassten Nutzbreite von 1,75 m.

Kostengegenüberstellung der Varianten

(Gesamtmaßnahme inkl. Straßenbau und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)

	<u>Nordtrasse</u>	<u>Südtrasse</u>
Gesamtbaukosten ca.	4,50 Mio. €	4,20 Mio. €
Förderung ca.	2,00 Mio. €	0,50 Mio. €
Eigenanteil Stadt BS ca.	2,50 Mio. €	3,70 Mio. €
Haushaltsmittel im IP	2,05 Mio. €	2,05 Mio. €
(Im bisherigem Haushaltsansatz des IP ist keine Einnahme aus Förderung angesetzt.)		
Fehlbetrag	0,45 Mio. €	1,65 Mio. €
(unter Berücksichtigung der Fördermittel)		

Bürgerbeteiligung

Der Öffentlichkeit wurden die Planungen am 20.06.2017 in einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Dabei und in Einzelgesprächen hat die Verwaltung im Allgemeinen eine überwiegende Zustimmung für die Nordtrasse registriert. Es gibt ein reges Interesse am Zeitplan und den Maßnahmen, die in dieser Zeit zu erwarten sind. Es werden auch Bedenken sowie Anregungen geäußert. Dabei geht es schwerpunktmäßig um den zu erwartenden Kfz-Verkehr. Die Anzahl und Größe der Fahrzeuge sind dabei ebenso Thema wie die Geschwindigkeit derselben. Das Hochwassergeschehen wird auch angesprochen. Neben der Begrüßung der Absicht der Verwaltung, das Hochwassergeschehen durch die Baumaßnahme nicht zu verschlechtern, werden auch hier Anregungen mit eingebracht. Es gibt auch über das Projekt hinausgehende Wünsche, wie z. B. das Herstellen eines Bootsanlegers mit zugehörigen Parkplätzen. Die Verwaltung wird die Anregungen und Bedenken bei der weiteren Planung berücksichtigen.

Finanzierung

Die 4,5 Mio. € für die Nordtrasse gliedern sich in ca. **0,6 Mio. €** Planungsleistungen und ca. **3,9 Mio. €** Baukosten.

Im aktuellen Haushaltsplan 2017 / IP 2016 - 2020 sind Finanzmittel in Höhe von 2,05 Mio. € vorgesehen. Davon stehen rund 250.000 € im Jahr 2017 und 1,8 Mio. € in 2019 zur Verfügung. Diese deutlich zu geringen Mittel resultieren aus Planungen, welche vor dem Jahr 2008 erstellt wurden.

Zum Entwurf des Haushaltsplans 2018 / IP 2017 - 2021 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 2,1 Mio. € im Rahmen des Budgets des FB 66 sowie die Fördermittel des Landes in Höhe von rund 2 Mio. € eingeplant. Damit stehen im Haushaltsplanentwurf 2018 folgende Mittel zur Verfügung:

	<u>2017</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>	<u>2020</u>	<u>2021</u>
Auszahlungen	250.000	-	800.000	2.600.000	500.000
Einzahlungen			350.000	1.400.000	250.000

Im laufenden Jahr 2017 und im Januar 2018 sollen bereits die Planungsleistungen vergeben werden. Dafür werden rund 600.000 € benötigt. Um die dazu bestehende Finanzierungslücke in 2017 zu schließen wird ein Antrag auf überplanmäßige Auszahlung gemäß § 117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Höhe von rund 350.000 € erforderlich. Dies ist notwendig, da die Planungen zwingend bereits im Jahr 2017 bzw. Anfang 2018 vergeben werden müssen, damit eine verzögerungsfreie Bauabwicklung folgen kann. Bei einer späteren Vergabe der Planungen muss mit einer Verzögerung beim Bau gerechnet werden, dies hat höhere Baupreise zur Folge. Außerdem führt die weitere Sperrung der alten Brücke dazu, dass die Bürger und Betriebe weiterhin Umwege in Kauf nehmen müssten.

Der Antrag auf Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel wird dem Rat in einer der nächsten Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt.

Geplante Zeitschiene

- Entwurfsplanung des Ingenieurbüros bis	2018
- Erstellung u. Einreichung der Planfeststellungsunterlagen bis	2018
- Rechtskraft Planfeststellungsbeschluss	2019
- Vergabeverfahren Bauleistung	2019
- Baubeginn	2019
- Verkehrsfreigabe	2020
- Fertigstellung Restleistungen und Pflanzarbeiten etc. bis	2021

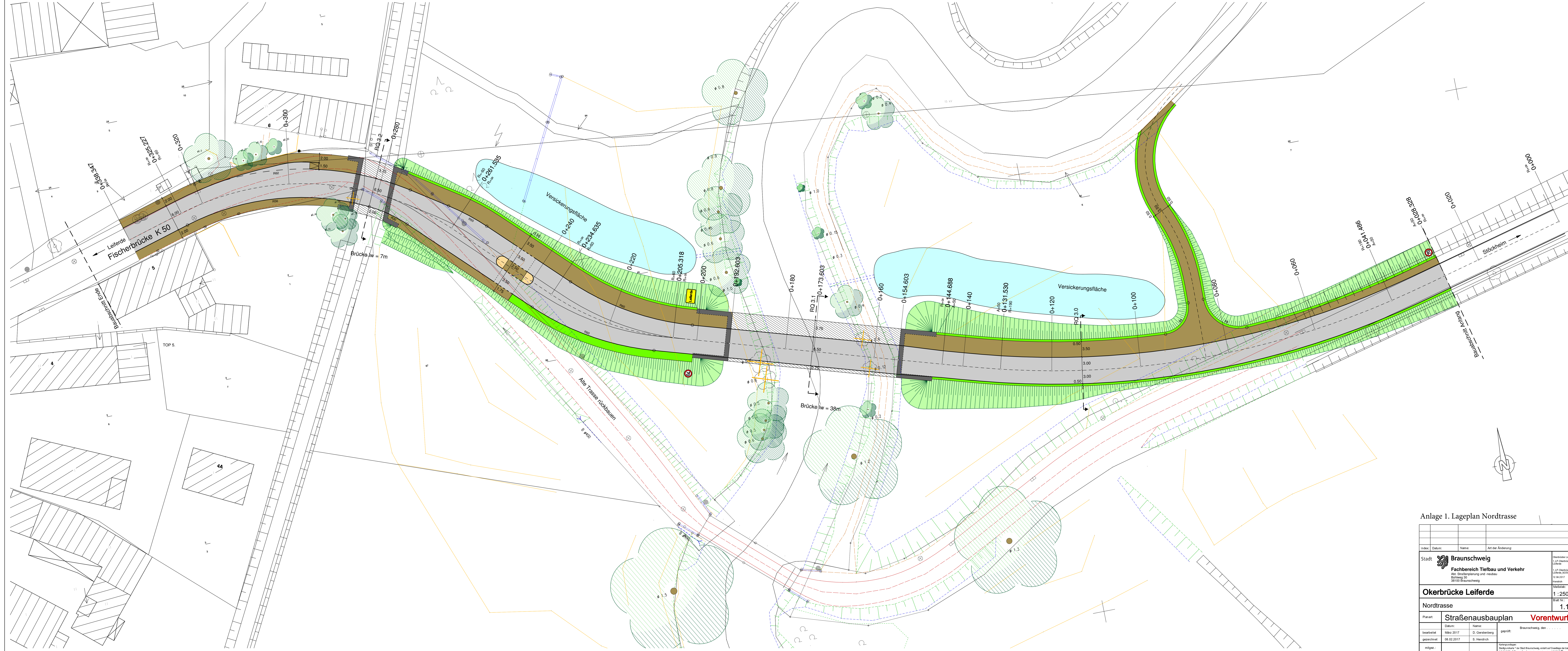
Vorschlag

In Abwägung der beiden Varianten schlägt die Verwaltung die Nordtrasse einschließlich des Neubaus der Kulkegrabenbrücke vor.

Leuer

Anlage/n:

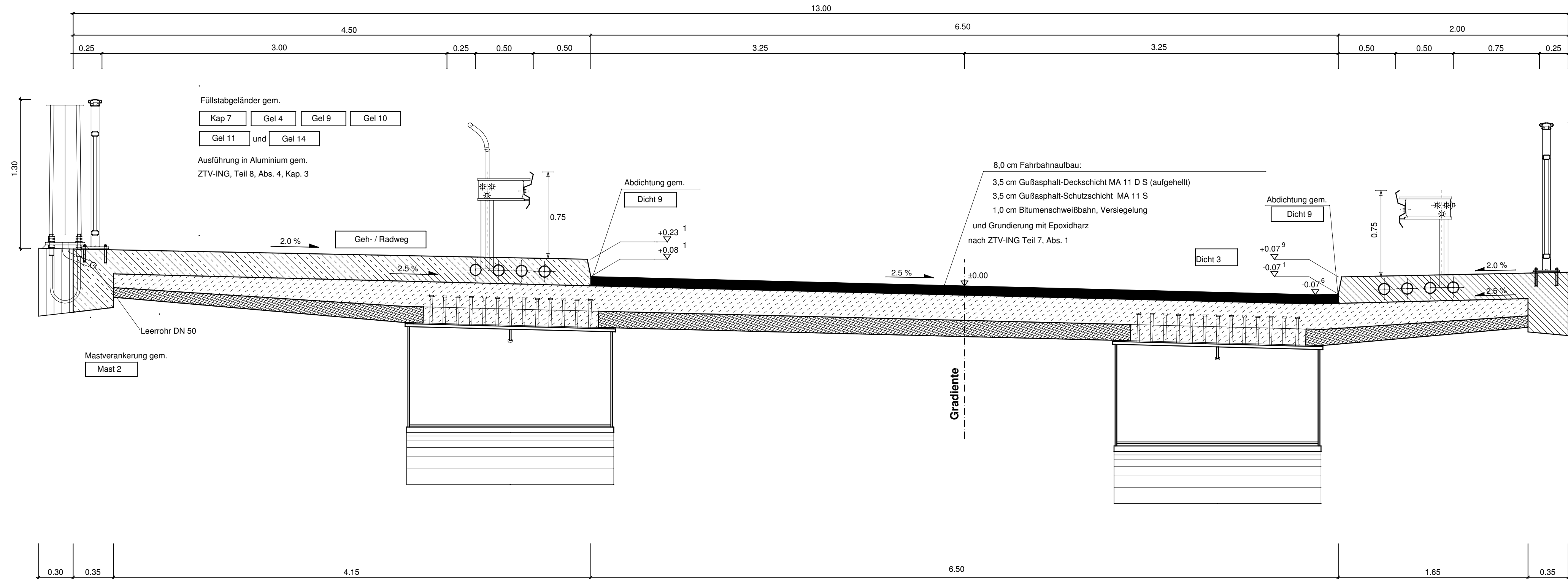
1. Lageplan Nordtrasse
2. Querschnitt Okerbrücke, Nordtrasse mit Schutzplanken
3. Querschnitt Kulkegrabenbrücke, sowohl Nord- als auch Südtrasse
4. Querschnitt freie Strecke, sowohl Nord- als auch Südtrasse
5. Lageplan Südtrasse
6. Querschnitt Okerbrücke Südtrasse





Anlage 1. Lageplan Nordtrasse

Index:	Datum:	Name:	Art der Änderung:
Stadt Braunschweig			
Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenführung und -neubau Schulweg 30 38100 Braunschweig			Checkliste Lieferie 1,2,3,4 12.04.2017 1:250 1.1
Okerbrücke Leiferde Nordtrasse			
Planart: Straßenausbauplan		Vorentwurf	
bearbeitet:	Datum:	Name:	geprüft:
gezeichnet:	08.02.2017	D. Gerstenberg	S. Hendrich
mitgez.:	Braunschweig, den		

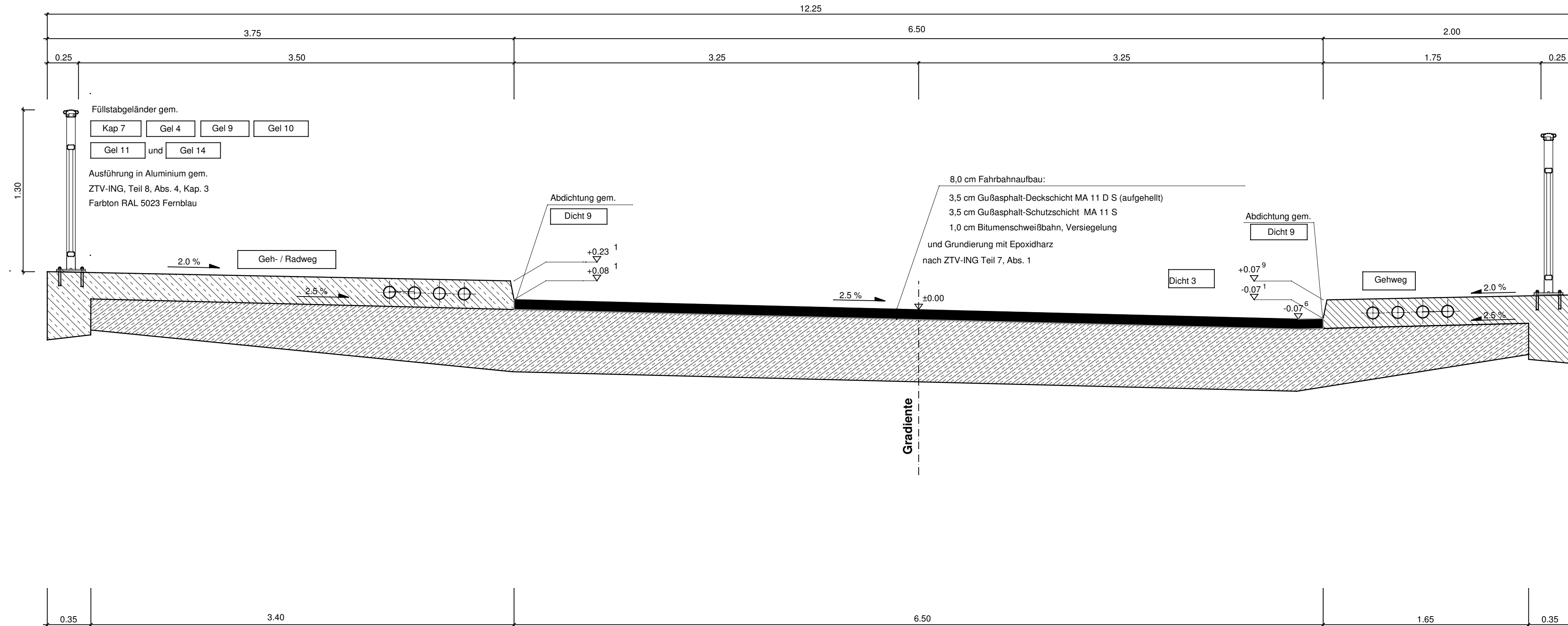
TOP 5.



Anlage 2. Querschnitt Okerbrücke, Nordtrasse mit Schutzplanken

Index:	Datum:	Name:	Art der Änderung:
Stadt  Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenplanung und -neubau Bohlweg 30 38100 Braunschweig			Okerbrücke Leiferde 3_RQ-Okerbrücke Leiferde 16.03.2017 Hendrich
Okerbrücke Leiferde			Maßstab: 1 : 25 Blatt Nr.: 3.1
Planart:	Regelquerschnitt Vorentwurf		
bearbeitet	Datum: März 2017	Name: D. Gerstenberg	geprüft: Braunschweig, den
gezeichnet	15.03.2017	S. Hendrich	
mitgez.:	Kartgrundlagen: Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾ <small>© 2017 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation ¹⁾ © 2017  LGLN</small>		

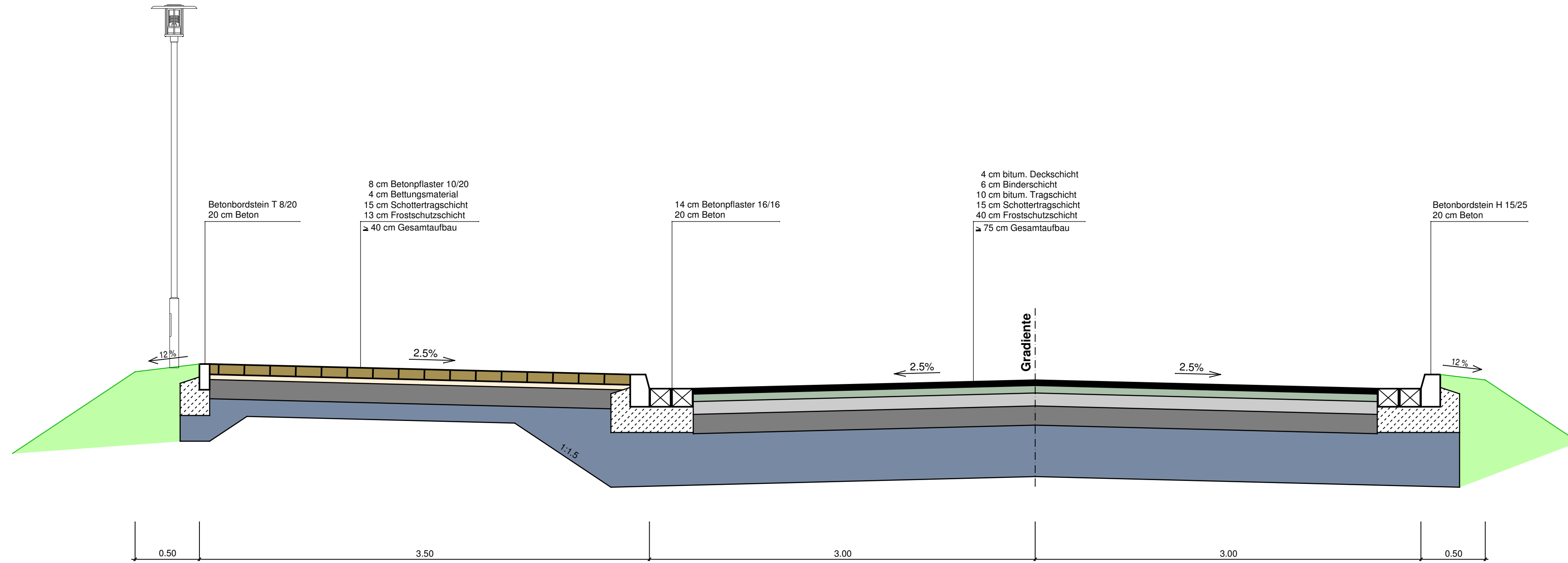
TOP 5.




Anlage 3. Querschnitt Kulkegrabenbrücke, sowohl Nord- als auch Südtrasse

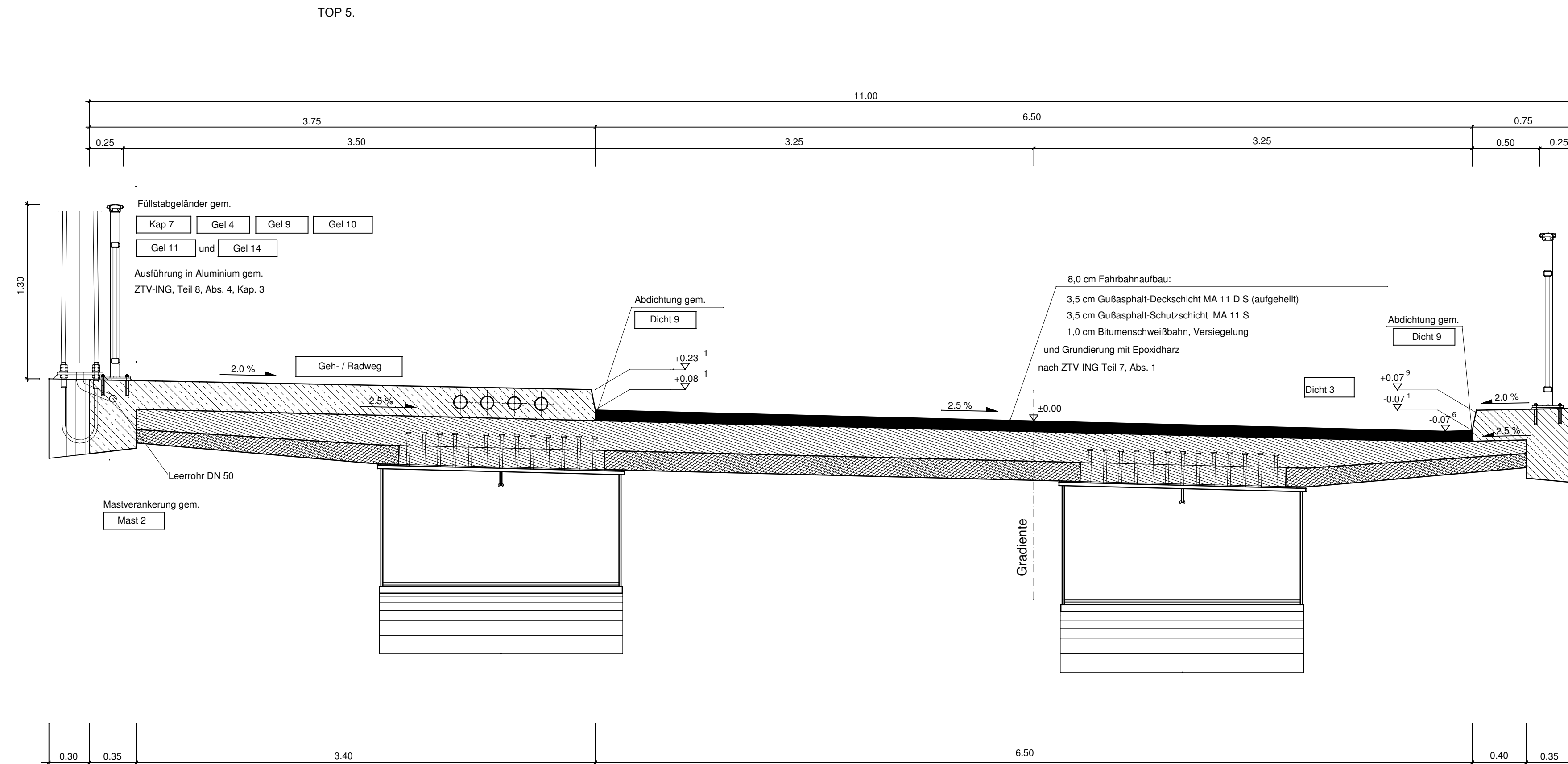
Index:	Datum:	Name:	Art der Änderung:
Stadt  Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenplanung und -neubau Bohlweg 30 38100 Braunschweig			Okerbrücke Leiferde 3_RQ-Okerbrücke Leiferde 16.03.2017 Hendrich
Fischerbrücke Leiferde			Maßstab: 1 : 25
			Blatt Nr.: 3.2
Planart:	Regelquerschnitt		Vorentwurf
bearbeitet	Datum: März 2017	Name: D. Gerstenberg	geprüft: Braunschweig, den
gezeichnet	Datum: 15.03.2017	Name: S. Hendrich	
mitgez.:			Kartengrundlagen: <small>Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾ ¹⁾ © 2017 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation ²⁾ © 2017 LGLN</small>

TOP 5.



Anlage 4. Querschnitt freie Strecke, sowohl Nord- als auch Südtrasse

Index:				Datum:				Name:				Art der Änderung:			
Stadt  Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenplanung und -neubau Bohlweg 30 38100 Braunschweig								Okerbrücke Leiferde 3_RQ-Okerbrücke Leiferde 28.03.2017 Hendrich							
Fischerbrücke Leiferde												Maßstab:			
												1 : 25			
												Blatt Nr.:			
												3.0			
Planart:		Regelquerschnitt						Vorentwurf							
bearbeitet		Datum:		Name:		geprüft:		Braunschweig, den							
gezeichnet		März 2017		D. Gerstenberg		S. Hendrich									
mitgez.:		28.03.2017		S. Hendrich				Kartengrundlagen: Stadtgrundkarte 1 ¹ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte 2 ² © 2017 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation © 2017 LGLN							



Anlage 6. Querschnitt Okerbrücke Südtrasse

Index:	Datum:	Name:	Art der Änderung:
Stadt  Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenplanung und -neubau Bohlweg 30 38100 Braunschweig			Okerbrücke Leiferde 3_RQ-Okerbrücke Leiferde 12.04.2017 Hendrich
Okerbrücke Leiferde			Maßstab: 1 : 25 Blatt Nr.: 3.1
Planart:	Regelquerschnitt		Vorentwurf
bearbeitet	Datum:	Name:	geprüft: Braunschweig, den
gezeichnet	12.04.2017	S. Hendrich	
mitgez.:			Kartengrundlagen: Stadtgrundkarte 1/1 der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte 2 © 2017 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation © 2017 LGLN

Betreff:
Straßenbenennungen im Baugebiet "Stöckheim-Süd"

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	<i>Datum:</i> 28.07.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Entscheidung)	08.08.2017	Ö

Beschluss:

„Die neuen Erschließungsstraßen im Baugebiet „Stöckheim-Süd“ erhalten die Namen

Schiefer Berg, Bauerlegden, Hillenwiese, Berghey, Schwedendamm und Kleine Wüstemark.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Stadtbezirksrates ergibt sich aus § 93 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 NKomVG.

Begründung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21. Februar 2017 (Drucksache 17-03642) den Bebauungsplan „Stöckheim-Süd“, ST 83 beschlossen. Das Baugebiet wird durch sechs neue Straßen erschlossen (siehe Anlage).

Maßgebliche Ziele der Straßenbenennung sind die Sicherung einer einfachen und eindeutigen Orientierung sowie die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (z.B. bei Einsätzen von Rettungsfahrzeugen). Die Benennung der geplanten Erschließung unterstützt die Einhaltung dieser Ziele.

Die Vorschläge der Verwaltung, die Straßen nach Ostseeinseln zu benennen, fanden im Stadtbezirksrat keine einvernehmliche Zustimmung. In der Sitzung des Stadtbezirksrats vom 1. Juni 2017 äußerte der Stadtbezirksrat jedoch den Wunsch, die Straßen nach den folgenden Namensvorschlägen des Heimatpflegers Herrn Zehfuß zu benennen: „Am Schiefen Berg“, „Zum Schwedendamm“, „Am Berg-Graben“, „Hillenwiese“ und „Am Berg-Horn“

Bei den genannten Namensvorschlägen handelt es sich mit Ausnahme des Schwedendamms um alte Flurnamen. Der in diesem Bereich im Dreißigjährigen Krieg errichtete Schwedendamm diente damals dazu, die Oker aufzustauen und so die Niedersächsische Festung Wolfenbüttel zu überfluten. Alle Benennungsvorschläge repräsentieren somit eine starke historische Verbundenheit und tragen zur Identifikation mit dem Baugebiet bei. Die dafür verwendeten historischen Flurnamen liegen im Umfeld des Baugebiets.

Unter Berücksichtigung des Benennungswunsches des Stadtbezirksrats und der amtlichen Rechtschreibregeln für Straßennamen und auf der Grundlage der in Braunschweig angewandten Grundsätze zur Neu- und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen wurden die Benennungsvorschläge seitens der Verwaltung und mit Zustimmung des Heimatpflegers Herrn Zehfuß im Detail überarbeitet:

- Die Präpositionen wurden nicht berücksichtigt. Der Wiedererkennungswert und die Auffindbarkeit in Karten, Listen und Navigationssystemen werden dadurch unterstützt.
- Auf den Namen "Am Berg-Graben" wird verzichtet, da bereits mehrfach Straßennamen mit den jeweiligen Namensteilen in Braunschweig benannt sind und es so leichter zu Verwechslungen kommen kann.
- Der Benennungsvorschlag „Berg-Horn“ wird durch den historischen Namen „Berghey“ ersetzt.
- Da eine sechste Straße zu benennen ist, wird ein weiterer Benennungsvorschlag benötigt.

Die daraus resultierenden zusätzlich benötigten Benennungsvorschläge „Kleine Wüstemark“ und „Bauerlegden“ sind ebenfalls den Vorschlägen des Heimatpflegers Herrn Zehfuß entnommen.

Die Verwaltung regt in Abstimmung und mit Zustimmung des Heimatpflegers Herrn Zehfuß abschließend an, die neuen Erschließungsstraßen im Baugebiet „Stöckheim-Süd“ gemäß der Anlage mit den Namen „Schiefer Berg“, „Bauerlegden“, „Hillenwiese“, „Berghey“, „Schwedendamm“ und „Kleine Wüstemark“ zu benennen.

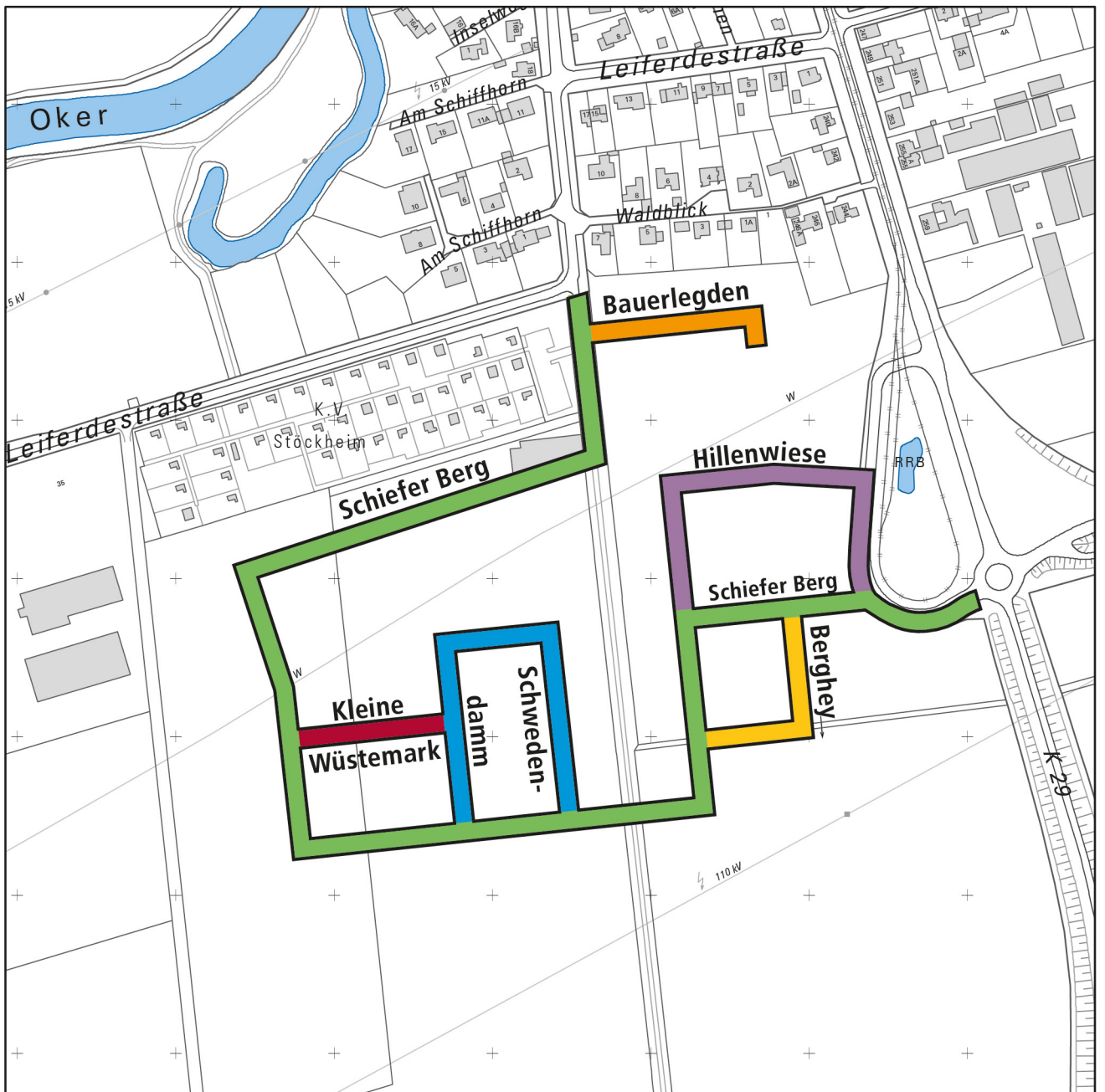
Leuer

Anlage/n:

Kartenausschnitt zur Lage der Straßen

Bauerlegden
Berghey
Hillenwiese

Kleine Wüstemark
Schiefer Berg
Schwedendamm



Karte: © Stadt Braunschweig, Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, Abt. Geoinformation

Maßstab: 1: 4 000

Betreff:
Abbau von Telefonzellen im Braunschweiger Stadtgebiet

<i>Organisationseinheit:</i> DEZERNAT VI - Wirtschaftsdezernat	<i>Datum:</i> 27.07.2017
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 08.08.2017	<i>Status</i> Ö
---	-------------------------------------	--------------------

Beschluss:

Hinsichtlich des von der Telekom Deutschland GmbH vorgesehenen Abbaus von öffentlichen Telekommunikationsstellen an den Standorten im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde wird wie folgt beschlossen:

Standort	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Bahnhofstraße 1			
Leipziger Straße / Ecke Siedlerstraße 16-18			
Leipziger Straße 220/ Hohes Feld			

Sachverhalt:

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Telekom Deutschland GmbH mitgeteilt, dass sie eine Reduzierung der Standorte öffentlicher Telekommunikationsstellen im Braunschweiger Stadtgebiet plant. In diesem Jahr sind von den Abbauüberlegungen insgesamt 27 Standorte betroffen. Bei 20 Telefonzellen handelt es sich um Standorte, die auch bei der letzten Reduzierungsmaßnahme im Jahr 2014 schon im Blickpunkt standen. Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 1.

Ihre Reduzierungsabsicht begründet die Telekom Deutschland GmbH damit, dass nur extrem wenig genutzte Telefonzellen zurückgebaut werden sollen. Die zweite Spalte der Anlage gibt Auskunft über die durchschnittlich im Monat erzielten Einnahmen des jeweiligen Gerätes. So haben sechs Geräte weniger als 5 € erwirtschaftet, zwei weitere weniger als 10 €, vier weniger als 15 €, fünf Geräte weniger als 25 €, zwei weniger als 30 € und ein Gerät weniger als 35 €. Unter den zum Abbau vorgesehenen Standorten befinden sich zudem 7 Basistelefone - Notruftelefone -, die ganzjährig nicht genutzt wurden.

Die Telekom Deutschland GmbH führt zur Begründung aus, dass die Münztelefone derzeit im analogen Festnetz betrieben und nach der anstehenden Umstellung auf aktuelle Technik nicht mehr funktionieren werden. Mithin würde ein kostenintensiver Austausch der betroffenen Geräte notwendig. Dieser Austausch ist im Hinblick auf die geringe Nutzung wirtschaftlich nicht sinnvoll. Insofern hat die Telekom Deutschland GmbH bereits jetzt angekündigt, die Münztelefone gegen Basistelefone auszutauschen, sofern dem Abbau der Geräte nicht zugestimmt werden sollte.

Abschließend führt die Telekom Deutschland GmbH - wie auch in den Jahren zuvor - erhebliche Umsatzeinbußen an öffentlichen Telekommunikationsstellen an, welche auf die immens angestiegene Nutzung des Mobilfunks zurückzuführen seien. Mittlerweile verfüge jeder Bundesbürger im Schnitt über 1,6 Mobiltelefone. Personen, die ein Mobiltelefon bei sich tragen,

verwendeten kein öffentliches Telefon. Auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzten inzwischen zum überwiegenden Teil solche Geräte. Man geht davon aus, dass die Mobiltelefondichte so groß ist, dass Notruftelefone nicht ins Gewicht fallen. Zudem gingen erfahrungsgemäß, falls ein Notruf von einem entsprechenden Gerät abgesetzt wird, parallel auch mehrere Meldungen über Mobilfunk bei der Notrufzentrale ein.

Die Bundesnetzagentur hat im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden einer Reduzierung von öffentlichen Telekommunikationsstellen grundsätzlich zugestimmt.

Nach § 78 Telekommunikationsgesetz (TKG) ist für jeden einzelnen Standort die Zustimmung der Stadt Braunschweig zum Abbau erforderlich. Vor dem Hintergrund der gegebenen Informationen empfiehlt die Verwaltung, vor allem bei Telefonanlagen, die wenige oder gar keine Einnahmen erwirtschaften, dem Abbau wie vorgeschlagen zuzustimmen.

Für Rückfragen und weitergehende Ausführungen wird der zuständige Mitarbeiter der Telekom Deutschland GmbH direkt in der Sitzung zur Verfügung stehen

Leppa

Anlage/n:

Anlage 1 – Liste der zum Abbau vorgesehenen Telefone

Nr.	Einnahmen	PLZ	Ort	Straße	Hausnr.	Hinweis	Endgerät	Stadtbezirk	2014 betr.
1	< 5€	38110	Braunschweig	Altmarktstr.	34		Münzer 23	112	ja
2	0 €	38124	Braunschweig	Bahnhofstr.	1	Hahnenkamp	BasisTel03	211	ja
3	<25€	38104	Braunschweig	Berliner Str.	105	Gliesmaroder Turm	Münzer 23	112	ja
4	< 5€	38108	Braunschweig	Bevenroder Str.	37		Münzer 23	112	ja
5	<25€	38108	Braunschweig	Bevenroder Straße	1	Bahnübergang	Münzer 23	112	ja
6	<25€	38108	Braunschweig	Bienroder Weg	55	Michelfelder Pl.	BlueP 04	332	ja
7	< 5€	38104	Braunschweig	Ebertallee	50a	Grüner Jäger	Münzer 23	112	ja
8	< 5€	38124	Braunschweig	Görlitzstraße	8	EKZ	Münzer 23	212	ja
9	0 €	38110	Braunschweig	Grasseler Str.	72		BasisTel03	112	ja
10	< 5€	38126	Braunschweig	Griegstraße	1	Welfenplatz	Münzer 23	213	ja
11	<25€	38122	Braunschweig	Hahnenkleestr.	2	Thiedestr.	Münzer 23	224	ja
12	0 €	38126	Braunschweig	Helmstedter Str.	41	vor Krematorium	BasisTel03	132	ja
13	<35€	38106	Braunschweig	Jasperallee	63	Altewiekring Ost	Münzer 23	120	ja
14	0 €	38102	Braunschweig	Jasperallee	26	Altewiekring West	BasisTel03	120	ja
15	<25€	38126	Braunschweig	Lehmweg	7	Gemeindestr.	BlueP 01	213	ja
16	<10€	38124	Braunschweig	Leipziger Straße		Siedlerstr. 16-18	Münzer 23	211	ja
17	0 €	38110	Braunschweig	Pappelallee	5	Postfiliale	BasisTel03	112	ja
18	0 €	38110	Braunschweig	Rabenrodestr.	2a	Feuerbrunnen	BasisTel03	112	ja
19	0 €	38126	Braunschweig	Salzdahlumer Str.	312		BasisTel03	213	ja
20	<10€	38104	Braunschweig	Wilhelm-Bode-Str.	7	Stadtpark	Münzer 23	120	ja
21	<5 €	38124	Braunschweig	Leipziger Str.	220	Hohes Feld	BlueP 01	211	nein
22	<30 €	38112	Braunschweig	Hamburger Str.	210	Eingang Stadion	BlueP 04	331	nein
23	<15 €	38108	Braunschweig	Steinriedendamm	14		BlueP 04	332	nein
24	<30 €	38116	Braunschweig	Saarstraße	46	Neunkirchener Str.	BlueP 04	321	nein
25	<15 €	38126	Braunschweig	Salzdahlumer Str.	56	Bebelhof	BlueP 04	132	nein
26	<15 €	38116	Braunschweig	Saarstraße	107	St. Wendelstr.	BlueP 01	321	nein
27	<15 €	38112	Braunschweig	Am Grasplatz	4		BlueP 01	321	nein

*Betreff:***Verwendung der bezirklichen Mittel 2017 im Stadtbezirk 211 -
Stöckheim-Leiferde***Organisationseinheit:*Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste*Datum:*

28.04.2017

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde
(Entscheidung)*Sitzungstermin*

01.06.2017

Status

Ö

Beschluss:

Die in 2017 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirks 211 – Stöckheim-Leiferde werden wie folgt verwendet:

1. Einrichtungsgegenstände bezirkliche Schulen	300,00 €
2. Ortsbüchereien	1.500,00 €
3. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen	8.700,00 €
4. Grünanlagenunterhaltung	300,00 €
5. Hochbauunterhaltung Friedhöfe	5.000,00 €
6. Grünanlagenunterhaltung Friedhöfe	500,00 €

Der Verwaltungsvorschlag für die Verwendung ergibt sich aus dem Begründungstext.

Sachverhalt:**1. Einrichtungsgegenstände bezirkliche Schulen**

GS Stöckheim, Abt. Leiferde	300,00 €
Ersatz der Gardinen im Lehrerzimmer	

2. Ortsbüchereien

Ortsbücherei Stöckheim	764,00 €
Ortsbücherei Leiferde	736,00 €

Die Mittelverteilung basiert auf einem Sockelbetrag i. H. v. 500 €. Darüber hinaus werden Ausleihzahlen des Vorjahres berücksichtigt.

3. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen

Rossittenstraße	8.700,00 €
Gehweg Nordwest – und Südostseite, gesamte Länge, Verbundpflaster regulieren in einzelnen Flächen, ca. 150 m ² , nicht beitragspflichtig	
Romintenstraße	8.700,00 €
Gehweg Nord- und Südseite, gesamte Länge, Verbundpflaster regulieren in einzelnen Flächen, ca. 150 m ² ,	

nicht beitragspflichtig	TOP 8.
Trakehnenstraße Gehweg Westseite, gesamte Länge, Verbundpflaster regulieren in einzelnen Flächen, ca. 50 m ² , nicht beitragspflichtig	3.000,00 €
Siekgraben Gehweg Nordwestseite, zwischen Haus-Nr. 23 und 44, Baumscheiben vergrößern und Betonplatten regulieren, ca. 80 m ² , nicht beitragspflichtig	8.700,00 €
Kleiststraße Stichweg, Haus-Nr. 17, 19 und 21, Betonplatten erneuern einschl. Schottertragschicht herstellen, ca. 50 m ² , beitragspflichtig	4.000,00 €
Am Quälenberg Gehweg Nordseite, zwischen Haus-Nr. 15 und 21, Betonplatten regulieren, ca. 140 m ² , nicht beitragspflichtig	8.700,00 €
Adlerweg Gehweg West- und Ostseite, im Bereich Haus-Nr. 2 und 3, Betonplatten regulieren, ca. 70 m ² , nicht beitragspflichtig	4.500,00 €
Turmfalkenweg Gehweg Westseite, im Bereich Haus-Nr. 28 und 30, Baumscheiben vergrößern und Betonplatten regulieren, ca. 40 m ² , nicht beitragspflichtig	4.000,00 €
Mascheroder Weg, überbezirkliche Straße Verbindungsweg gegenüber Am Honigbleek, Pflasterfläche herstellen einschl. Schottertragschicht, ca. 20 m ² , nicht beitragspflichtig	2.500,00 €

Mit der vorgenannten Auflistung verbindet die Fachverwaltung keine Prioritätensetzung. Einzelne Maßnahmen können z. B. auch kumuliert werden.

4. Grünanlagenunterhaltung

Zusätzliche Pflege der Beete am Eingang vom Stöckheimer Zoo	300,00 €
---	----------

5. Hochbauunterhaltung Friedhöfe

Friedhof Stöckheim: Kapelle Teilinstandsetzung von Fenstern Und der Fassade	5.000,00 €
---	------------

6. Grünanlagenunterhaltung Friedhöfe

Friedhof Stöckheim: Zwei Gartenbänke aufarbeiten	500,00 €
--	----------

Der Stadtbezirksrat 211 – Stöckheim-Leiferde hat im laufenden Haushaltsjahr von dem Recht, die Haushaltsmittel als Budget zugewiesen zu bekommen (siehe § 16 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig) Gebrauch gemacht.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2017.

Ruppert

Anlage/n:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 10.1

17-04958

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Nicht genutzte Gärten in Leiferde hinter dem Sportplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (zur
Beantwortung)

08.08.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In Leiferde, zwischen Sportplatz und Schützenheim, befinden sich mehrere Gärten, die seit Jahren verlassen sind.

Es wird angefragt,

Gibt es Kündigungen von Seiten der Stadt, wenn ja aus welchem Grund?

Wann werden die nicht genutzten Flächen wieder in den Urzustand versetzt oder zur Nutzung an Vereine freigegeben?

Gibt es eine Sondernutzung von Gärten als Wohnraum in diesem Bereich?

gez.

E. Lavon

Anlage/n:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion Stadtbezirksrat 211

TOP 10.2

17-04957

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Grünpflege

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.07.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (zur
Beantwortung)

08.08.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Grünflächen in unserem Stadtbezirk sind in einem bedauerlichen Zustand, da die Pflege in diesem Sommer bislang nicht durchgeführt wurde! Wege wuchern zu und der Anblick ist wenig erfreulich.

Es wird angefragt,

wann erfolgt die Grünpflege in unserem Stadtbezirk?

Warum werden andere Stadtbezirke, wie z. B. Merverode, anscheinend bevorzugt bedient?

gez.

E. Lavon

Anlage/n:

Keine